

München, 29.03.2017

Ausbildungsbetrieben keine Steine in den Weg legen - Mehr Flüchtlinge in die Ausbildung

SPD-Arbeitsmarktexpertin Angelika Weikert: Ausbildungsbetriebe und Flüchtlinge brauchen Sicherheit - Bayerische Betriebe sind auf Flüchtlinge angewiesen

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Umgang der Staatsregierung mit Flüchtlingen in der Ausbildung erneut scharf kritisiert und einen entsprechenden [Dringlichkeitsantrag](#) ins heutige (29.03.2017) Plenum eingebracht. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, das Bundesintegrationsgesetz auch in Bayern umzusetzen, anstatt es durch Sonderregelungen zu unterlaufen. "Die Betriebe brauchen lernwillige und engagierte Auszubildende", erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Angelika Weikert**. "Die Staatsregierung unterschätzt völlig das Potential der jungen Flüchtlingen und schadet damit massiv der bayerischen Wirtschaft."

Hintergrund: Obwohl die Bayerische Staatsregierung das Bundesintegrationsgesetz mitgetragen hat, unternimmt es wiederholt Versuche, die Aufnahme einer Ausbildung für Flüchtlinge zu erschweren. So wurde den Behörden vom Innenministerium nahe gelegt, Anträge auf eine Ausbildung abzulehnen, sofern die Asylbewerber nicht aus Eritrea, dem Irak, dem Iran, Somalia oder Syrien stammen. "Flüchtlingen, beispielsweise aus Afghanistan, wird es dadurch unnötig schwer gemacht", empört sich Weikert.

Ein anderes Problem sei, dass die Ausländerbehörde erst frühestens drei Monate vor Ausbildungsbeginn die Zustimmung für die Ausbildung erteilen darf. "Das bedeutet eine große Unsicherheit, nicht nur auf der Seite der Flüchtlinge sondern auch auf der Seite der Betriebe. Ich frage mich, wann die Staatsregierung endlich begreift, dass die Flüchtlinge auch eine Chance für den heimischen Arbeitsmarkt bedeuten."